

Straßenbeitragsfreies Hessen Breiter Weg 126 35440 Linden

Offener Brief

an

**Herrn Bürgermeister Stefan Pinhard
und den Magistrat von Schwalmstadt**

Marktplatz 1

34613 Schwalmstadt

Linden, 24. Januar 2020

Offener Brief an Bürgermeister Herrn Pinhard und den Magistrat

cc.: Stadtveordnetenvorsteher Herr Reinhard Otto und die Fraktionsvorsitzenden Herr Daniel Helwig (SPD), Herr Marcus Theis (CDU), Herr Engin Eroglu (FWG), Herr Dr. Jochen Riege (Bündnis 90 / Die Grünen), Herr Dr. Constantin H. Schmitt (FDP), Frau Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (Die Linke), Frau Anne Quehl und Frau Bea Ricken (HNA), Herr Michael Seeger (Schwälmer Bote)

Informationsveranstaltung „Finanzierung des städtischen Straßenbaus“ am 16.1.2020

[lokal24.de/ Schwaelmer-Bote „Straßenausbaubeiträge - fallen sie weg - steigen Steuern – Bürger zahlt jedem Fall“](http://lokal24.de/Schwaelmer-Bote_„Straßenausbaubeiträge - fallen sie weg - steigen Steuern – Bürger zahlt jedem Fall“)

[HNA \(lokales/schwalmstadt/schwalmstadt-ort68394\) „Werden Anliegergelder abgeschafft“](http://HNA (lokales/schwalmstadt/schwalmstadt-ort68394) „Werden Anliegergelder abgeschafft“)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pinhard, sehr geehrte Damen und Herren im Magistrat,

als Sprecher von „Straßenbeitragsfreies Hessen“, einer Arbeitsgemeinschaft der hessischen Bürgerinitiativen, wende ich mich heute an Sie mit einem offenen Brief. Wir engagieren uns mit inzwischen über 70 Bürgerinitiativen für die landesweite Abschaffung der Straßenbeiträge. Denn Straßenbeiträge sind ungleich, ungerecht und unsozial. Erfreulicherweise haben seit der Gesetzesänderung in KAG und HGO fast 100 hessische Kommunen ihre Straßenbeitragssatzungen aufgehoben, darunter mehrere Kommunen mit wiederkehrenden Beiträgen (www.strassenbeitragsfrei.de/abgeschafft.html). Weitere 32 hessische Kommunen haben niemals Straßenbeiträge erhoben z.B. die Landeshauptstadt Wiesbaden.

**Straßenbeitragsfreies Hessen
eine AG hessischer Bürgerinitiativen**

Andreas Schneider
Breiter Weg 126
35440 Linden

Telefon +49 (0) 1578 1957 111
email strassenbeitragsfreies-hessen@posteo.org

Auf **lokalo24 / Schwalmstädter Bote** und in der **Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen** erfuhren wir von Ihrer Veranstaltung. Wir begrüßen sehr, dass Sie pro-aktiv die Schwalmstädter BürgerInnen über das landes- und bundesweit umstrittene Thema informieren.

Im Sinne einer ausgewogenen Meinungsbildung ist zu bedenken, dass nicht dieselbe Partei – in diesem Fall Kommunalberater Schäfer – gleich „zum zweiten Mal als Referent“ (HNA) ihre Position darstellt. Für eine Gegenposition steht z.B. die AG Straßenbeitragsfreies Hessen. Da wir am 16.1. nicht dabei waren, erlauben Sie uns - mit Blick auf die in Schwalmstadt anstehende Entscheidung - einige kritische Anmerkungen zu den Darstellungen von Herrn Schäfer und den wiederkehrenden Straßenbeiträgen.

Vorab: unsere Organisation arbeitet ehrenamtlich ohne eigenes wirtschaftliches Interesse. Im Gegensatz zum „freiberuflich“ tätigen Kommunalberater, der bei ähnlichen Veranstaltungen für die Kommunalberatung KC Kommunal-Consult Becker AG referierte

(https://huenfelden.de/fileadmin/redaktion/Hauptamt/Nachrichten/19-08-13_Vortrag_Herr_Markus_Schaefer_in_Buergerversammlung_Huenfelden_-_Finanzierung_kommunaler_Strassenbau_finale_Fassung_14.08.2019.pdf)

und in Schwalmstadt gegebenenfalls einen lukrativen Auftrag akquiriert. Denn eines der Geschäftsfelder von KC ist die äußerst teure Begleitung von Kommunen bei der Umstellung auf/ Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen. In der Stadt Hungen wurde z.B. Mitte 2019 die Umstellung auf wiederkehrende Beiträge gestoppt, es wurden über 100.000 Euro an das beauftragte Büro gezahlt, dabei waren erst 2 von geplanten 14 Abrechnungsgebieten erfaßt. Ähnliche Beträge hören wir aus anderen Kommunen.

Das „verblüffende Ergebnis“ (lokalo24), das Schäfer präsentiert, ist wenig verwunderlich, da regelmäßig bei diesen angeblich „neutralen“ Präsentationen mit falschen Zahlen gerechnet wird. Z.B. gäbe es 35.000 km an Kommunalstraßen in Hessen. Laut Innenministerium ([Anfrage der Landtagsabgeordneten Hartmann, SPD, Juni 2018](#)) sind es jedoch nur 25.000 km. Und da große Städte wie Frankfurt, Eschborn, Wiesbaden etc. niemals Strabs erhoben haben, sind diese Städte für die von Schäfer angestellten Kostenbetrachtungen nicht relevant, d.h. weitere geschätzte 5.000 km fallen weg. Ebenso falsch ist der pauschale Ansatz der Lebensdauer von nur 50 Jahren. Anerkannte Straßenbauexperten wie Prof. Best oder auch der hessische Landesrechnungshof ([Kommunalbericht 12/2016](#), S. 311 ff) zeigen, dass die Lebensdauer deutlich höher sein kann. Denn insbesondere bei der Fahrbahn ist es eine Frage der Instandhaltung, wie der bekannte, mehrfach ausgezeichnete Bürgermeister Spahl aus dem fränkischen Rednitzhembach als Praktiker erfolgreich bewiesen hat. Damit erspart er nicht nur seinen Bürgern teils ruinöse Beiträge, sondern auch viel Geld für die Stadtkasse.

Als Anreiz zur Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge werden im Vorfeld die

Betragsätze oft niedrig- und schöngerechnet, indem ein „günstiges“ Abrechnungsgebiet als Modell herausgegriffen wird, z.B. Stadtteil mit wenig Fläche, aber dichter Besiedlung). Die dann später erst zur Kalkulation anstehenden Abrechnungsgebiete führen regelmäßig zu sehr unterschiedlichen Beitragslasten in den Ortsteilen, z.B. zahlt man für ein 1.000 qm Grundstück in der Kernstadt einer Gemeinde jährlich 70 Euro, im einem Ortsteil dagegen 770 Euro als jährlich wiederkehrenden Beitrag. Bei einem 3.000 qm Grundstück oder mehrgeschossig möglicher Bebauung entsprechend mehr (Beispiel Nidda).

Wurde bei der Veranstaltung die Problematik von Sportvereinen (Fussball, Tennis etc.) oder von **Gewerbebetrieben** mit großen Grundstücksflächen angesprochen? Ist Ihnen bekannt, dass es mittlerweile Fälle gibt, wo **Beträge im mittleren fünfstelligen Bereich von Gewerbebetrieben jährlich** fällig werden? Das birgt viel Zündstoff, Betroffene werden klagen. Ist Ihnen bekannt, dass Schwalmstadt sich bei Inanspruchnahme der **Fördermittel verpflichten muss, 8 Jahre** beim System der wiederkehrenden Beiträge zu bleiben?

Lesen Sie, was der Geschäftsführende Direktor des Hessischen Städtetags, Herr Stephan Gieseler bei der Anhörung im Hessischen Landtag am 12.4.2018 sagte (siehe [Protokoll](#) S. 21 ff.):

„Warum haben so wenige Kommunen wiederkehrende Straßenbeiträge? Der Einführungsprozess ist komplex. Wenn uns als Städtetag eine Kommune anruft und sagt: „Wir haben uns überlegt, einen wiederkehrenden Straßenbeitrag einzuführen“, stellen wir zuerst die Frage: „Habt ihr schon einen Beitrag oder nicht?“

*Wenn die Kommune schon einen Straßenbeitrag hat, regen wir normalerweise an, das sein zu lassen, weil der bürokratische Erfassungsaufwand so enorm groß ist. **Sie haben am Ende das gleiche Geld in der Kasse, aber der Aufwand, um das zu erreichen, ist exorbitant höher.** Durch die Ortsteilschärfe, die man definieren muss, wird es noch komplexer, weil Sie partiell größere Baumaßnahmen in kleineren Ortsteilen haben. Dann müssen die Bürger natürlich bei Weitem mehr zahlen als bei kleineren Baumaßnahmen in größeren Ortsteilen. Damit taucht wieder eine Gerechtigkeitsfrage auf.“*

Gieseler weiter:

*„**Das System der wiederkehrenden Gebühren ist an der Stelle nichts Halbes und nichts Ganzes.**“ In seiner Heimatstadt Dietzenbach habe er als BGM 2008 gerichtlich dafür gesorgt, dass Strabs eingeführt werden mußten. Das erfolgte dann 2015 in Form wiederkehrender Beiträge. Zitat aus dem Landtagsprotokoll: *„Die Satzung wurde 2015 veröffentlicht. Bis heute ist noch kein einziger Bescheid verschickt worden, weil Erhebung, Bürokratie und Aufwand ein so signifikantes Maß ausmachen.“**

Aber nicht allein die Einführung ist teuer und aufwendig, **auch der spätere Betrieb** verschlingt erhebliche Ressourcen. In Idstein wurden vor kurzem 100.000 Euro als jährlicher Verwaltungsaufwand genannt - davon ist kein Quadratmeter Straße erneuert.

**Straßenbeitragsfreies Hessen
eine AG hessischer Bürgerinitiativen**

Andreas Schneider
Breiter Weg 126
35440 Linden

Telefon +49 (0) 1578 1957 111
email strassenbeitragsfreies-hessen@posteo.org

Verkehrsinfrastruktur ist Daseinsvorsorge - und damit Aufgabe der öffentlichen Hand! Es geht nicht an, den Bürgern erneut in die Tasche zu greifen. Denn die zu Recht davon überzeugt, beispielsweise mit Kfz-Steuer, Mineralölsteuer, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer, Straßenreinigungs-, Park- und anderen Gebühren hinlänglich für (Aus-)bau, Instandhaltung und Sicherung der Straßen vor unsere Haustüren gezahlt zu haben.

Schwalmstadt hat nach Erhebung des HMdIS zwischen 2015 und 2017 223.000 Euro an Straßenbeiträgen eingenommen. Es waren 77 Bescheide unter 10.000 € und 4 Bescheide zwischen 10.000 und 25.000 Euro, der zukünftige Bedarf sei „gleichbleibend“. D.h. **im Durchschnitt betragen die jährlichen Einnahmen keine 75.000 Euro.**

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass Schwalmstadt ab 2020 jährlich knapp 1,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung hat aus dem Starke-Heimat-Hessen-Gesetz, das Ende Oktober 2019 verabschiedet wurde (Website des hessischen Finanzministeriums) (https://finanzen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/starke_heimat_hessen_-_modellberechnungen_alphabetisch_sortiert_-_stand_28._oktober_2019.pdf).

Sehr geehrter Herr Pinhard, sehr geehrte Damen und Herren, Straßenbeiträge sind das berühmte „**tote Pferd**“, das man tunlichst nicht weiter reiten sollte. **Bei Beibehaltung der Einmalbeiträge** werden die Beitragspflichtigen die ihnen zustehende Ratenzahlung über 20 Jahre zu derzeit 0,12 Prozent Jahreszins beanspruchen, die Stadt muss vorfinanzieren und wird zur „Bank“. **Wiederkehrende Beiträge sind rechtsunsicher und exorbitant aufwändig**, die Kosten werden vermutlich die Einnahmen übersteigen.

Zu der im Februar anstehenden Entscheidung appellieren wir deshalb an Sie und an die ehrenamtlich tätigen Schwalmstädter Stadtverordneten, **die Straßenbeitragsatzung möglichst weit rückwirkend aufzuheben**, z.B. zum 7. Juni 2018.

Ich wünsche Ihnen und Schwalmstadt eine gute Diskussion und Entscheidung! Falls Gesprächsbedarf besteht, stehe ich als Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Schneider

Sprecher „Straßenbeitragsfreies Hessen –
eine AG hessischer Bürgerinitiativen“
